



Wortprotokoll der 66. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 12. Juni 2024, 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1 Seite 3

Unterrichtung über die „**Weiterentwicklung 2024 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**“ durch **Sarah Ryglewski**, MdB, Staatsministerin für Bundesländer-Beziehungen und nachhaltige Entwicklung beim Bundeskanzler

Tagesordnungspunkt 2 Seite 11

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)121

Tagesordnungspunkt 3 Seite 11

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Kaufmann, Dr. Stefan Mayer-Lay, Volker Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang Weiss, Maria-Lena	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas Mannes, Dr. Astrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ganserer, Tessa Menge, Susanne Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelsen, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael



Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung über die „Weiterentwicklung 2024 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch Sarah Ryglewski, MdB, Staatsministerin für Bund- Länder-Beziehungen und nachhaltige Entwicklung beim Bundeskanzler

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie herzlich begrüßen und die 66. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) eröffnen. Ich begrüße die Staatsministerin Sarah Ryglewski. Willkommen im PBnE. Wir freuen uns, dass es eine Dialogfassung gibt, die wir heute diskutieren können. Einen Platz weiter begrüßen wir Herrn Landgraf aus dem Bundeskanzleramt. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Wir sind zeitlich etwas limitiert, weil die Staatsministerin einen weiteren Termin im Vermittlungsausschuss hat. Wir werden versuchen, gegen 17:45 Uhr fertig zu sein. Deswegen gibt es von mir auch keine lange Einleitung. Wir alle kennen das Thema „Weiterentwicklung 2024 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ (DNS) und es wird jetzt um die Transformationsbereiche und die Hebel gehen. Wir haben heute eine öffentliche Sitzung, sie wird live im Parlamentsfernsehen auf Kanal 3 übertragen und in der Mediathek abrufbar sein. Wir machen einen Mitschnitt für das Wortprotokoll. Wir haben verabredet, dass es ein Eingangsstatement gibt. Dafür haben wir zehn Minuten avisiert. Wenn es ein, zwei Minuten länger wird, lassen wir das natürlich zu. Anschließend machen wir unsere übliche Frage- und Antwortrunde im Fünf-Minuten-Takt.

Liebe Frau Staatsministerin, wir sind gespannt auf Ihren Input und freuen uns darauf. Bitte sehr.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Herzlichen Dank für die Begrüßung und die Einleitung. Ich freue mich sehr, hier zu sein. Ich möchte um Verständnis bitten, dass wir meinen Besuch verschieben mussten. Ich wollte, dass Sie die Möglichkeit haben, in Ruhe in die Dialogfassung hineinzuschauen. Wir haben uns sehr viel Mühe gemacht. Ich will nicht verhehlen, dass es innerhalb der Bundesregierung bei einer Strategie mit diesem Umfang und dieser Breite an Themenfeldern an der einen oder anderen Stelle

einen erheblichen Diskussionsbedarf gab. Das macht aber deutlich, dass das Thema innerhalb der Bundesregierung sehr ernst genommen wird. Wir haben eine gute Grundlage, mit der wir innerhalb der Bundesregierung weiter diskutieren wollen und werden. Jetzt haben wir auch die Öffentlichkeit eingeladen, sich rege zu beteiligen. Natürlich freue ich mich auch auf Input aus dem parlamentarischen Raum, gerne heute hier oder im Rahmen der Online-Beteiligung oder auch möglicherweise im Rahmen einer Stellungnahme. Bevor ich in die Inhalte gehe, zum weiteren Verfahren noch ein paar Worte. Wir werden bis Ende Juli das Online-Portal offenhalten. Wie Sie gesehen haben, ist die Teilnahme relativ niedrigschwellig. Wir hatten darüber diskutiert, ob man sich überhaupt anmelden muss, uns dann aber dafür entschieden, dass man sich zumindest mit seiner E-Mail-Adresse registrieren muss, damit sich die Menschen beteiligen, die ein gewisses Commitment haben und nicht diejenigen, die das Ganze nicht ernst nehmen. Wir haben uns darum bemüht, ein gewisses Maß an Barrierefreiheit herzustellen. Das ist uns leider noch nicht vollständig gelungen, aber die wesentlichen Inhalte sind in leichter Sprache zugänglich. Wir wollen auch noch ein Format gemeinsam mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. anbieten, um mit weiteren Akteurinnen und Akteuren in diesem Kontext in den Austausch zu kommen. Wir wollen einen sehr breiten Ansatz anbieten. Ende Juli werden wir in die Auswertung gehen. Dann schauen wir uns im Einzelnen an, welche Themencluster sich durch Änderungswünsche aus dieser Beteiligung besonders herauskristallisiert haben. Es besteht neben der Beteiligung über die Plattform auch klassisch die Möglichkeit der Stellungnahme. Davon sind bereits einige eingegangen. Nach der Sommerpause im September werden wir das Forum Nachhaltigkeit im Kanzleramt durchführen, zu dem wir Akteurinnen und Akteure eingeladen haben. Ein Mitdiskutant wird natürlich der Vorsitzende des PBnE sein. Auch Sie sind herzlich eingeladen, als Gäste teilzunehmen. Dort haben wir dann die Möglichkeit, Dinge „face-to-face“ zu diskutieren. Danach werden wir sehen, wie wir die vielen verschiedenen Inputs aufnehmen, um gegen Ende des Jahres alles zur neuen Nachhaltigkeitsstrategie zusammen zu fassen.



Zwischendurch führen wir im Hintergrund eine ganze Reihe von sogenannten Werkstattgesprächen. Ein solches Gespräch ist nun mit den Tarifpartnern geplant. Wir hatten bereits ein sehr gutes Gespräch mit dem Deutschen Bundesjugendring, um auch die Stimmen der jungen Menschen zu hören. Einzelne Ministerien machen zu ihren eigenen Themen separate Beteiligungsveranstaltungen auch mit jungen Menschen. Insgesamt ist das alles gut angelegt.

Jetzt aber zu den Inhalten. Sie werden registriert haben, dass wir bei der Nachhaltigkeitsstrategie deutlich fokussierter sind. Wir haben uns stärker als in der Vergangenheit am Regierungshandeln orientiert, auch das zeigt den Wert, den dieses Strategieformat hat. Wir konnten auf vieles aus der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie sehr gut aufbauen. Wir bilden mit der Systematik „Transformationsbereiche“ und „Hebel“ stärker das tatsächliche Regierungshandeln ab und wollen das auch so fortführen. Wir haben die Transformationsbereiche, bei denen konkrete Veränderungsbedarfe ausgearbeitet werden müssen, mit besonderem Handlungsbedarf fokussiert. Dies gilt für die Vorbereitung der Nachhaltigkeitsstrategie ebenso wie für das Regierungshandeln mit Transformations- und Projektteams. Insgesamt lassen wir uns von dem „Whole of Government-Ansatz“ (WGA) leiten. Es gibt also nicht das eine Ressort, was sich mit Nachhaltigkeit beschäftigt, sondern wir betrachten die Dinge ganzheitlich und ressortübergreifend. Deswegen versuchen wir in der Dialogfassung und dann später in der Nachhaltigkeitsstrategie genau hier konkrete Handlungsoptionen darzulegen.

Ein sehr wichtiger inhaltlicher Punkt ist die Stärkung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Das habe ich bereits in der letzten Sitzung im Januar als Ausblick gegeben. Zum einen geht es um gesellschaftliche Akzeptanz, zum anderen geht es auch darum, diese Dimension wegen ihrer Bedeutung stärker hervorzuheben. Es geht um die Frage, wie gutes Leben für jeden möglich ist. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir über das Thema „Transformation“ führen, ist es wichtig, auch die soziale Dimension ins Bewusstsein zu rücken. Wir haben in dem Bereich bisher das Problem, dass die Ziele nicht so konkret

formuliert sind wie im Bereich Klimaschutz, das holen wir jetzt ein Stück weit nach. Wir haben darauf geschaut, welche Indikatoren brauchen wir denn, um sozialen Fortschritt besser messen zu können. Wir haben deswegen die Themen „Tarifabdeckung“, „Weiterbildungsbeteiligung“, „Verbraucherverschuldung“, „Schulen mit BNE-Label“ und auch „Väteranteil an den genommenen Elterngeldmonaten“ aufgenommen. Das ist ein schwieriger Balanceakt. Das hatten wir beim letzten Mal schon diskutiert. Wir haben leider noch nicht für alle Bereiche den einen entscheidenden Indikator gefunden. Wir denken, dass wir hier zumindest ein paar andere Dinge adressieren. Gerade auch das Thema „Tarifverträge und Tarifbindung“ ist uns als Werkzeug in der Transformation sehr wichtig. Deswegen haben wir beispielsweise die „tarifliche Abdeckung“ als neuen Indikator aufgenommen. Ein weiterer Punkt, den wir gestärkt haben, ist der interdisziplinäre Ansatz, beispielsweise im „Health in All Policies“-Ansatz (HiAP). Es geht um die Frage, wie man gesundheitliche Themen quer durch alle Politikfelder aufgreift. Ein Thema, das den Menschen sowohl im Jetzt als auch im Hinblick auf ein gesundes Leben im Alter essenziell wichtig ist. Deswegen haben wir das Thema „Gesundheitsförderung und Prävention“ gestärkt und sagen, dass wir gerade vor dem Hintergrund Klimawandel und Klimaanpassung hier reagieren müssen. Ein Beispiel ist der Hitzeschutzplan Gesundheit, den wir aufgegriffen haben. Diese Punkte müssen stärker im täglichen Regierungshandeln mitgedacht werden, beispielsweise im Bereich der Stadtentwicklungspolitik, aber auch bei der Frage, wie gesundheitliche Aufklärung an Schulen vernünftig stattfinden kann. All das sind Elemente, die wir adressiert haben. Wir möchten auch gerne prüfen, wie wir uns der Thematik nähern können, dass Deutschland eines der Länder mit den höchsten Gesundheitsausgaben ist, aber dennoch zum Thema „Lebenserwartung“ eher rückschrittlich unterwegs sind. Wir prüfen derzeit, ob wir beispielsweise einen Indikator aufnehmen können, der den Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit stärker beleuchtet.

Ein vierter Punkt, den ich hier noch ansprechen möchte, ist das Thema „Zielkonflikte“. Wir haben das hier bereits mehrfach diskutiert. Es ist eine



große Herausforderung, im Kontext mit der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsstrategie bestehende Zielkonflikte zu erkennen und diese möglicherweise zu lösen. Ein Zielkonflikt besteht beim Thema „bezahlbarer Wohnraum“ und gleichzeitig dem Anspruch, Flächenverbrauch zu reduzieren. Hier muss man Wege finden, wie man damit umgeht. Das Beispiel zeigt aber auch, dass es möglich ist, Lösungskorridore zu entwickeln. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass manche Themen vermeintlich als Problem erscheinen und dann aber gleichzeitig Teil der Lösung sind. Wir haben bei dem Thema „Kreislaufwirtschaft“ beispielsweise eine gute Möglichkeit, ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele zu vereinen. Hier geht es zum einen darum, mit Ressourcenverbrauch vernünftig umzugehen und Energie zu sparen und damit das Thema „Klimawandel“ zu adressieren, aber gleichzeitig eine deutliche Resilienz gegen bestimmte externe Effekte aufzubauen und gleichzeitig über das Thema „Innovation“ unseren Wirtschaftsstandort zu stärken.

Der letzte Punkt, den ich herausheben möchte, betrifft das Thema „Resilienz und externe Faktoren“. Uns ist wichtig, dass wir die internationale Ebene stärker in den Fokus nehmen und hier die Wechselwirkungen, die es in einer globalisierten Welt gibt, systematisch angehen. Wir alle wissen, dass nachhaltige Entwicklung nichts ist, was wir nur national lösen können. Wir müssen schauen, wie wir dies in den internationalen Kontext einbringen. Viele Entwicklungen in einzelnen Ländern wirken sich unmittelbar auf das aus, was uns bewegt. Das Stichwort „Lieferketten“ kann man gar nicht oft genug betonen. Die Situation beispielsweise am Horn von Afrika führt auch zu Lieferkettenproblematiken hier. Gleiches gilt für das Thema „Klimawandel“ und die Frage, wie gut schiffbar in Zukunft der Panamakanal sein wird. All das sind Dinge, bei denen wir gemeinsam internationale Lösungen entwickeln müssen, die uns auch hier in Deutschland voranbringen.

Wichtig ist auch, wie unser Agieren auf andere wirkt, also das Thema „Spillover-Effekte“. Das haben wir sehr deutlich adressiert. Die Frage der Auswirkungen unseres Konsums, die Frage, wie wir produzieren und was das in anderen Ländern der Welt auslöst, haben wir deutlich gemacht und

gestärkt und werden dies auch in Zukunft fortführen. Beim Thema „Spillover-Effekte“ stellt sich ähnlich wie bei den Indikatoren immer die Frage der Messbarkeit. Es ist allerdings der erste Schritt, dies zu adressieren. Das wird sicherlich einer der Punkte sein, wo wir nachsteuern werden.

Ich möchte noch einmal das Thema „Indikatoren“ aufgreifen, weil es auch hier eine große Rolle gespielt hat. An der ein oder anderen Stelle haben wir etwas verändert. Es wird sicherlich noch weitere Veränderungen geben. Wir möchten stärker wirkungsorientiert arbeiten. Das wird nicht in allen Bereichen möglich sein und ich sage auch ganz bewusst, dass es bestimmte Indikatoren gibt, die wir beibehalten werden, wenn derzeit kein besserer wirkungsorientierter Indikator erkennbar ist. Beispielsweise beim Thema „Pandemieprävention“ ist einfach ein Erfolg schwierig messbar. Trotzdem ist es wichtig, dass das Thema aufgenommen wird. Das wird sicherlich einer der Punkte sein, bei dem wir in der Diskussion vertieft einsteigen werden. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön für diese Einführung. Ich bin sicher, dass wir viele Aspekte hier abarbeiten werden. Ich habe Wortmeldungen von Frau Ganserer gesehen, von Frau Rudolph und von Herrn Dr. Kraft, Herrn Brinkhaus und Frau Willkomm. Wir haben wie immer insgesamt fünf Minuten für die Frage und die Antwort. Frau Ganserer beginnt.

Abg. Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Frau Ryglewski, vielen Dank, dass Sie sehr zeitnah den Bericht hier in den PBnE gegeben haben. Ich selbst habe es noch nicht geschafft, den Entwurf ganz durchzulesen. Durch Ihre Ausführungen habe ich jetzt einen groben Überblick, welche die wesentlichen Änderungen bei der Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind. Ich bin sehr dankbar, dass sowohl der soziale Aspekt als auch der internationale Aspekt gestärkt wurden.

Können Sie vielleicht noch ein paar Aussagen zur Umsetzung machen? Die nächste Legislaturperiode im Deutschen Bundestag wird die letzte vollständige sein, bei der wir noch die



Gelegenheit haben, zur Zielerreichung 2030 beizutragen. Wo sehen Sie die Aufgaben und die Herausforderungen bei der Umsetzung der überarbeiteten Strategie?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Die größte Herausforderung ist, dass man die Strategie wirklich ernsthaft mit einer entsprechenden Verbindlichkeit unterlegt. Deswegen haben wir gesagt, wir fangen nicht bei jedem Kapitel an, das Rad neu zu erfinden, sondern greifen bei bestimmten Punkten die bestehenden Ansätze der Bundesregierung auf, also das Thema Kreislaufwirtschaft oder die Außenwirtschaftspolitik, wo es ja bereits Strategien gibt. Da müssen an bestimmten Stellen die Nachhaltigkeit und die Verbindlichkeit stärker geprüft werden. Das muss mit Druck hinterlegt werden.

Wir haben intensiv die Hebel beleuchtet, also zum einen die ganze Frage Finanzen, Stichwort „Sustainable Finance“ oder die Bereiche Digitalisierung und Innovation. Wir haben das Thema „Indikatoren“ deutlich kritischer beleuchtet und damit weitere Druckpunkte gesetzt. Wir haben klar gesagt, dass neben den Indikatoren, die wir besonders gut messen können oder bei denen wir schon einen Erfolg vorhersehen können, Indikatoren aufgenommen werden, über die man auch streiten kann. Das sind Punkte, die uns sehr wichtig sind und die Tatsache, dass wir dann doch länger gebraucht haben, macht deutlich, dass das als Richtschnur wirklich wahrgenommen wird. Mit den „Spillover-Effekten“ und den Messungen, die im Statistischen Bundesamt vorgenommen werden, haben wir Punkte, mit denen wir sehr genau den Erfolg monitoren können. Dann muss in den einzelnen Politikfeldern gegebenenfalls nachgesteuert werden. Die Grundlage ist, dass wir erstens Indikatoren haben, die das Richtige messen, zweitens eine Verzahnung mit Regierungshandeln stattfindet und drittens die Finanzierung sichergestellt ist.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es bestünde die Möglichkeit für eine Nachfrage. Frau Rudolph, bitte.

Abg. **Tina Rudolph** (SPD): Vielen Dank. Mit der Frage werde ich genau dort anknüpfen, aber ich möchte an dieser Stelle erst mal ganz viel loben.

Ich weiß gar nicht, wie viel ich in fünf Minuten unterbringen kann, aber ich finde, das ist ein wahnsinnig guter Aufschlag. Ich habe mich über so viele Dinge beim Lesen gefreut. Es wird sehr deutlich, dass ein wirkliches Bemühen stattfindet, Politikfelder zu verzahnen, also die Transformationsbereiche auszuweisen und nicht sich einfach nur Indikatoren und die Entwicklung anzusehen und dann jeweils „Daumen hoch“, „Daumen in die Mitte“ oder „Daumen runter“ drüber zu schreiben. Ich habe viele übergeordnete Ansätze gefunden, sei es der One-Health-Ansatz, der umschrieben ist, Health in all policies, dass die sozialen Indikatoren wirklich gut berücksichtigt sind, dass es in meinen Augen eine gute sowohl Situationsanalyse als auch eine Analyse dessen ist, wie man vernetzter das Thema angehen sollte. Dafür erst mal vielen Dank. Trotzdem würde ich mich der Frage von Frau Ganserer anschließen, dass wir zu einer stärkeren Umsetzungsverbindlichkeit kommen. Das widerspricht dem Vernetzungsgedanken, da politische Maßnahmen meist in einem spezifischen Ressort angesiedelt werden. Man kann schon sagen, „Health in all policies“, also alle beschäftigen sich irgendwie mit Gesundheit, aber das Gesundheitsministerium wird natürlich nicht alles finanzieren, was irgendwie mit Gesundheit zu tun hat. Dafür gilt es, einen Mechanismus zu finden. Und jetzt gehe ich weg von der Nachhaltigkeitsstrategie und auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung aus den einzelnen Häusern. Das sind ja sehr prosaische Abhandlungen. Sie haben sich irgendwie alle mit den Sustainable Development Goals (SDGs) beschäftigt, aber Sie sehen dabei nicht, welche Maßnahme wurde umgesetzt und welche nicht und welche hätte vielleicht wie viel gebracht. Gibt es also trotz des übergreifenden Ansatzes eine Möglichkeit, wieder konkrete Verantwortlichkeiten festzulegen und die messbar zu machen?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Wir haben zum einen den Ansatz implementiert, dass eine Nachhaltigkeitsprüfung bei der Gesetzgebung auch ex ante stattfinden soll. Da sind wir auch auf dem Laufenden. Wir haben eine erste Evaluierung vorgenommen und erste positive Ansätze gesehen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ministerien, die sich nicht ganz so tief damit beschäftigen, haben die Möglichkeit,



sich anhand bestimmter Checklisten deutlich zu machen, an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf ist. Man muss aber aufpassen, dass das – anders als eine prosaische Ausführung – nicht dazu führt, irgendwo einfach Häkchen zu machen, sondern es muss eine wirklich vernünftige und fundierte Beschäftigung damit stattfinden. Wir kommen von einem interdisziplinären und ressortübergreifenden Ansatz nicht weg. Es wäre einfach nicht möglich, in einem Ressort zu sagen, wir machen ein wirklich sanktionsbewehrtes Controlling in Sachen Nachhaltigkeit. Wir haben Transformationsteams aufgebaut, die als Fachteams in den Ministerien ressortübergreifend arbeiten sollen. Diese haben jetzt Transformationsberichte erstellt, was auch gut war, weil man sich kritisch mit dem eigenen Handeln auseinandersetzen musste. Das war auch mehr als die Ressortberichte, weil themenorientiert gearbeitet wurde. Jetzt sind wir bei der Frage: Was machen wir danach? Da ist schon die Überlegung, die sollen als Kompetenzzentren für Nachhaltigkeit im ressortübergreifenden Ansatz beibehalten werden. Wir müssen dann sehen, wie wir das stärker mit der Nachhaltigkeitsstrategie verzahnen. Das heißt, man wird Schwerpunkte setzen. Das kann man in den Transformationsberichten ganz gut sehen. Health in all policies war übrigens ein Thema, an dem vier Ministerien beteiligt waren, Bildung, Gesundheit, aber auch Arbeit und Soziales. So etwas brauchen wir. Wenn das einmal ein Erfolg ist, hat man auch Anknüpfungspunkte für die weiteren Ansätze, und das kann man über alle Transformationsteams durchsetzen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Jetzt hat Herr Dr. Kraft das Wort.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): Eigentlich habe ich nur eine kleine Frage, aber möglicherweise ergeben sich daraus weitere: Werden diese angedachten Veränderungen und neuen Ansätze dazu führen, dass man mit einer Agenda zum High-Level-Forum nach New York fährt, um sie dort einzubringen, oder bleibt das unterhalb des Radars der Agenda 2030?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Nein, das ist ja unser Beitrag im Rahmen der Agenda 2030. Wir haben unsere ganze Berichterstattung und den Aufbau der DNS

so aufgestellt, dass es in das Schema des globalen Nachhaltigkeitsberichtes passt, also so, dass wir die Themen „Strategie“ und „Monitoring“ haben und diese beiden Aspekte auch getrennt haben. Das war in der Vergangenheit ein Stück weit anders. Gerade die internationalen Kapitel nehmen Bezug auf den Prozess in den Vereinten Nationen (VN), da gibt es auch Wechselwirkungen. Wir möchten in unserer Berichterstattung und in der Strategie eine stärkere Orientierung am VN-Prozess, damit das kongruent ist. Auch der stärkere Fokus beispielsweise beim Thema „Spillover-Effekte“ ist dem geschuldet.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es besteht die Gelegenheit zu einer Nachfrage.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): Eine kurze Nachfrage: Da Zielkonflikte angesprochen wurden, werden diese verstärkt in die internationalen UN-Diskussionen einfließen?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Das Thema „Zielkonflikte“ muss zwingend in allen internationalen Diskussionen immer eine Rolle spielen. Das tut es auch, hat es auch in der Vergangenheit getan und macht es auch unabhängig von der Nachhaltigkeitsstrategie. Es ist so, dass man immer im Auge haben muss, was löst eigentlich das, was wir möchten, woanders aus? Ich habe vorhin nur ein Beispiel angedeutet, das deutlich macht, dass man bei vielen Sachen, wenn man genauer hinschaut, gar nicht mehr einen eindeutigen Zielkonflikt hat. Die Agenda 2030 und die SDGs haben den Charme, dass sie wie Bausteine ineinandergreifen und deswegen gibt es Möglichkeiten, Zielkonflikte aufzulösen. Vielleicht nicht in jedem Fall, wenn man jetzt auf ein konkretes Gesetz schaut, aber dann in einem anderen. Das gilt auch für internationale Verhandlungen und Konferenzen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Nun ist Herr Brinkhaus an der Reihe.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben jetzt eine halbe Stunde Zeit, mit Ihnen über dieses Thema zu diskutieren. Ich glaube, wir brauchen einen weiteren Termin. Ich habe das Gefühl, dass Sie mit den Gewerkschaften, dem Bundesjugendring und mit anderen Akteuren mehr über dieses Thema sprechen als mit dem Deutschen



Bundestag. Das ist für diesen Beirat das wichtigste Thema in dieser Legislaturperiode und insofern würde ich mir wünschen, dass wir da mehr Raum haben. Vielleicht können Sie auch erklären, warum die Veröffentlichung, die ursprünglich für den 15. April 2024 geplant war, ohne Begründung ständig nach hinten verschoben wurde. Sie haben das letzte Woche ohne Begründung auch noch mal verschoben. Sie haben jetzt, das kann ich verstehen, wegen dem Vermittlungsausschuss nur eine halbe Stunde Zeit. Ich gebe das einfach mal zu Protokoll. Ich halte den Umgang mit dem Deutschen Bundestag in dieser Sache für im Höchstmaß unangemessen.

Zweitens, und das betrifft nicht nur Ihre Regierung, sondern allgemein. Wir müssen uns wirklich überlegen, was wir mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie anfangen. Gut ist, sie ist jetzt kürzer als die letzte Nachhaltigkeitsstrategie, aber ehrlich gesagt, wenn ich mir die „Buchstabenwüsten“ mit Allgemeinplätzen zum Thema Nachhaltigkeit angucke, dann frage ich mich, wer soll das gebrauchen, wer soll das leben? „Kreislaufwirtschaft“ ist wichtig, um mal ein Thema zu nennen. Das haben, glaube ich, fast alle verstanden. Das muss ich nicht mehr sagen. Jetzt möchte ich das aufgreifen, was Frau Rudolph gesagt hat. Wir müssen in die Umsetzung kommen. In dieser Nachhaltigkeitsstrategie fehlt mir komplett die Umsetzungsorientierung. Was ist das Ziel? Was ist der Indikator, mit dem ich das Ziel messe? Was ist die Maßnahme? Was ist der Impact, das Outcome oder wie auch immer die Wirkung, die dabei rauskommt? Und wie kann das Ganze kontrolliert werden? Sie haben gerade gesagt, „na ja, also ich möchte keinen sanktionsbewehrten Nachhaltigkeitscontrolling haben“. Ja, ich möchte ein sanktionsbewehrtes Nachhaltigkeitscontrolling haben, weil wir sonst anders nicht weiterkommen. Wie gesagt, das ist keine Kritik an der Ampel-Regierung. Das ist schon immer so gewesen. Da setzen sich irgendwelche Leute hin, die sehr, sehr viel aufschreiben. Das meiste ist Prosa und dann wird das Ganze in die Schublade gesteckt oder irgendwie auf den Staatssekretärsausschuss oder sonst was delegiert. Wenn wir dieses Thema ernst nehmen, dann müssen wir das anders angehen. Das ist mir ehrlich gesagt zu wenig. Das ist jetzt nicht Kritik an Ihrer Person und an der Arbeit im Bundeskanzleramt. Die haben das so gemacht, wie

es immer gemacht worden ist, haben es an der einen oder anderen Stelle verbessert. Das ist auch in Ordnung. Das erkennen wir auch an. An der einen oder anderen Stelle gehen wir natürlich als Union nicht mit. Das ist ganz normal im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition. Aber insgesamt frage ich mich wirklich, wo ist da die konkrete Handlungsanleitung, die vom Parlament kontrolliert werden kann? Das sehe ich jetzt nicht. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie an der Stelle, wo Sie die Indikatoren beschrieben haben, auch einfach mal die konkreten Maßnahmen eingelegt hätten. Das war, glaube ich, auch im letzten Bericht ein bisschen besser oder in der letzten Strategie. Vor dem Hintergrund müssen wir schauen, wie wir damit umgehen.

Und abschließend noch ein Punkt zum Zeitplan. Wir nehmen das als Union sehr, sehr ernst. Wir haben auch unsere AGs angeschrieben, weil wir ein großes Interesse daran haben, dass wir von dort einen Input bekommen. Ich kann es klar sagen: Wir haben ihnen eine Frist bis zum 1. Juli 2024 gesetzt. Das heißt, wir werden nicht in der Lage sein, wenn wir es vernünftig machen, hier als Deutscher Bundestag eine entsprechende Stellungnahme vor der Sommerpause anzufertigen. Ich habe die ernsthafte Absicht, das vernünftig zu machen, weil das ein großes Ding ist, diese Nachhaltigkeitsstrategie. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns dann auch noch mal unterhalten, wie wir die Einbindung des Deutschen Bundestages auch noch nach dem Juli 2024 hinbekommen. Ich halte das für sehr, sehr wichtig, ebenso wie die Umsetzungsverbindlichkeit. Eine Anmerkung habe ich noch: Ja, Sie haben bestimmte Bereiche identifiziert. Ich finde das auch gut, dass Sie jetzt ressortübergreifend denken. Es wäre schön, wenn eine Regierung auch ressortübergreifend arbeiten würde, aber das ist ein anderes Thema. Aber wir müssen auch priorisieren. Wir haben über 70 Indikatoren. Wir müssen das mit finanziellen Mitteln unterlegen, wir müssen das auch mit Personal unterlegen, was wir dann auch nicht mehr haben. Da stellt sich mir die Frage, wie ist denn die Priorisierung konzipiert, was ist besonders wichtig? Das ist jetzt nur ein Statement und es ist auch keine Zeit mehr, das zu beantworten, deswegen hoffe ich, dass wir noch mal zusammenkommen. Mir wird in der Nachhaltigkeitszscene immer gesagt, alles ist gleich



wichtig und alles hängt mit allen zusammen. Das funktioniert aber in der Politik nicht. Wir haben begrenzte Mittel und da müssen wir priorisieren. Mich würde wirklich interessieren, wie die Bundesregierung priorisiert. Ich würde den Vorsitzenden bitten, eine weitere Dialogmöglichkeit vielleicht auch noch vor der Sommerpause zu schaffen, gerne auch mal außerhalb dieses Formates. Das wäre uns sehr, sehr wichtig. Wir wissen, im Bundeskanzleramt ist die Kompetenz und ich glaube, da gibt es auch ganz viele Mitarbeiter, die sich freuen, wenn wir da noch ein bisschen intensiver im Detail darüber diskutieren und Fragen stellen können, als das hier in diesem Format der Fall ist.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Jetzt haben wir die fünf Minuten ausgeschöpft. Vielleicht eine kurze Antwort?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Vielleicht mal zwei Sachen. Das eine ist, wir haben die Veröffentlichung tatsächlich etwas geschoben. Das ist eine Form des regierungsinternen Arbeitens. Wir können uns Gedanken darüber machen, gerne auch außerhalb dieses Formates. Ich finde es wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen, gerne auch mit entsprechender Zeit. Wir finden mit Sicherheit auch eine Möglichkeit, dass eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages in die Nachhaltigkeitsstrategie Eingang findet. Wir wissen alle, das es auch sehr ärgerlich ist, dass sich alles ein bisschen gezogen hat. Aber zunächst einmal ist es eine Strategie der Bundesregierung, da muss ich alle Akteure hinter mir haben. Wie gesagt, gerade für das Thema „Verbindlichkeit“ halte ich das für sinnvoll, dass sich über das Thema vernünftig gestritten wurde. Wir sind ja dadurch, dass wir den Zeitplan selber setzen, flexibel in der Möglichkeit des Abschlusses. Ich denke, wir finden einen guten Austausch. Man muss sich in der Tat überlegen, egal wer die nächste Bundesregierung auch führt, wie kann man diese Nachhaltigkeitsstrategie bezüglich ihrer Verbindlichkeit als Strategie der Bundesregierung durch etwas anderes ersetzt. Innerhalb der Bundesregierung gibt es eine Haltung, die dem Thema „Nachhaltigkeit“ sehr positiv gegenübersteht, damit kann es auch Verbindlichkeit geben. Das sehe ich auch an der Arbeit mit den ressortübergreifenden

Arbeitsgruppen. Irgendwie muss man sich einen anderen Weg überlegen. Ich finde das gut, wenn Sie die anderen AGs alle in die Mitzeichnung nehmen. Ich denke, man bekommt das nur umgesetzt, wenn man es in Zukunft komplett anders aufsetzt. Das ist jetzt einmal so unabgesprochen, nicht ressortabgestimmt, meine Privatmeinung.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, das ist manchmal auch nicht völlig verkehrt. Ich habe jetzt auf der Redeliste Frau Willkomm. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann setze ich mich selbst noch mal am Schluss drauf. Bitte schön, Frau Willkomm.

Abg. Katharina Willkomm (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. Frau Staatsministerin, vielen Dank, dass Sie hier sind und die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2024 vorgestellt haben. Zunächst habe ich feststellen dürfen, dass sie die aktuelle Fassung 151 Seiten lang ist. Die Weiterentwicklung aus dem Jahr 2021 war über 391 Seiten lang und deren Kurzfassung hatte auch immerhin noch 36 Seiten. Da es nicht nachhaltig ist, hier nur Papiere zu erstellen, mit denen wir uns quasi selbst beschäftigen, sondern damit auch an die breite Öffentlichkeit wollen, sind natürlich auch 150 Seiten eigentlich zu viel. Da werden sich wenige Leute mit beschäftigen. Daher halte ich es im Sinne der Nachhaltigkeit und auch der Verbrauchertransparenz, ich komme ja aus der Verbraucherpolitik, wenn wir eine Kurzfassung erstellen, die für die breite Öffentlichkeit niedrigschwellig ist. Dann stelle ich mir jetzt nicht ein Papier vor, was auch wieder 36 Seiten lang ist, sondern halt doch etwas knackiger. Haben Sie das in der Planung?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Ich habe meine Ausführungen damit begonnen, dass wir das Thema „Beteiligung“ an der Stelle großschreiben. Und ich würde die Frage einer Beteiligung des Deutschen Bundestages und die Beteiligung von öffentlichen Stakeholdern auch nicht gegeneinander setzen. Es ist wichtig, dass man es mit beiden diskutiert. Unser Ziel war es nicht, dass das Papier nur noch halb so lang sein darf, wie beim letzten Mal. Wenn man sinnvolle Dinge aufschreibt, die ein Werkzeug darstellen sollen, an dem sich die Bundesregierung dann abarbeiten soll, dann ist es auch okay, wenn es ein bisschen



länger ist. Trotzdem denke ich, und deswegen ist es ja am Ende auch kürzer geworden, dass man sich stärker fokussieren muss. Das ist nicht in erster Linie kürzer, sondern fokussierter. Mit dem Beteiligungstool haben wir versucht, es den Menschen einfach zu machen, damit umzugehen und Dinge zu kommentieren. Wir überlegen natürlich auch, wie wir mit dem Endprodukt umgehen. Das Thema Kurzfassung diskutieren wir gerade. Wir werden auf jeden Fall nicht wieder, es tut mir leid, für den Vorsitzenden ein Buch rausbringen. Unsere Idee ist es, dass wir eine gute Form der Online-Darstellung finden, bei der die Menschen dann die Themenbereiche, zu denen sie arbeiten wollen, gut auffinden und damit vernünftig arbeiten können. Das ist auch eine Frage der Barrierefreiheit. Ich habe das Buch auch bei mir im Regal stehen. Ich nehme es auch gelegentlich raus. Aber ich denke, etwas, was gut online dargestellt ist, hat in der heutigen Zeit einen Mehrwert.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Gibt es eine Nachfrage? Das ist nicht der Fall. Dann bin ich jetzt an der Reihe.

Ich möchte einiges aufgreifen von dem, was gesagt worden ist. Es ist auch mehr ein Statement, das gerne kommentiert werden darf. Ich persönlich finde gut, dass die „Spillover-Effekte“ so deutlich adressiert werden, denn sie benennen in weiten Teilen Dinge, die in der allgemeinen Debatte, ich sage jetzt mal auch an den Stammtischen, immer wieder gesagt werden, beispielsweise beim Rohstoffverbrauch bei der Elektromobilität oder die Wechselwirkung von Biokraftstoffen mit dem Thema Landnutzung, Abholzung von Regenwäldern und Biodiversität. Es gibt eine ganze Reihe von Zielkonflikten, die man so lösen muss, dass es eben nicht zu Totalschäden führt. Und das haben wir in der Vergangenheit nicht immer so richtig gemacht und deswegen ist es gut, dass diese Konflikte explizit benannt werden, selbst wenn man im Moment noch nicht sagen kann, wir werden es so lösen mit A, B, C, D, E und das werden die Maßnahmen sein, denn an vielen Stellen werden die auch noch zu entwickeln sein.

Das führt mich zu dem zweiten Punkt, nämlich zur Verbindlichkeit. Das ist ja so ein bisschen das Elend an den Strategiepapieren der Regierung, dass sie sich letztlich in einem gewissen Ausmaß nur selber verpflichten. Wir können sie zwar auch

kommentieren, aber wir können sie im parlamentarischen Verfahren nicht ändern, nicht anfassen und nicht verbessern. Wir haben in Kopenhagen ein interessantes dänisches Modell kennengelernt. Das funktioniert ungefähr so, dass sich für bestimmte ausgewählte Politikbereiche bestehende Koalitionen und Oppositionen auf bestimmte Grundzüge einigen, die über die Legislaturen hinaus wirksam sein sollen. Also so eine Art überfraktioneller Vertrag. Ich meine, es war Kopenhagen.

Abg. **Susanne Menge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es war auch Finnland.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Diese „Verträge“ können natürlich auch wieder gekündigt werden, wenn man politisch zu anderen Auffassungen gelangt ist. Dieses Modell ermöglicht über die Legislaturperioden hinaus für bestimmte Politikbereiche eine gewisse Kontinuität. Ich finde es ein sehr interessantes Modell, was mit unseren Denk- und politischen Gewohnheiten bricht. Ich stelle es hier einfach mal in den Raum, wir werden ja über die Delegationsreise sowieso noch berichten. Insbesondere für Strategiepapiere, die über zwei Jahre hinweg entwickelt werden, wäre das eine interessante Frage, ob wir uns im politischen System nicht in so eine Richtung entwickeln können. Es wird ja kaum juristische Möglichkeiten geben, Strategiepapiere in irgendeiner Art und Weise verbindlich zu machen. Das sind die beiden Aspekte, die mir bei der Debatte durch den Kopf gegangen sind. Ich weiß nicht, ob Sie das noch mal kurz kommentieren wollen. Dann wäre jetzt eine Gelegenheit.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Das Dilemma mit Strategiepapieren der Bundesregierung haben wir gerade schon einmal gestreift. Der Unterschied bei der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Gegensatz zu anderen ist ja, dass sie sich sehr stark auf alle oder fast auf alle Bereiche unseres Lebens bezieht. Und es hat ganz starke gesellschaftspolitische Elemente auch über unseren eigenen Staat hinaus. Sie ist einfach etwas, was sich nicht nur am Binnenhandeln der Bundesregierung ausrichtet. Eine Sache, die ich vorhin noch gar nicht angesprochen habe, ist die, dass auch einzelne Bundesländer eigene



Nachhaltigkeitsstrategien haben. Vieles von dem, was wir aufschreiben, ist etwas, mit dem wir als Bundesregierung mittelbar wirken können. Wir suchen den Dialog mit den Bundesländern, aber da haben wir kein gemeinsames Commitment. Es wäre überlegenswert, wie man für dieses Thema einen gesamtstaatlichen Ansatz und Commitment entwickelt. Ich biete auch gerne an, bei allem dem uns zu unterstützen. Wenn der Deutsche Bundestag sagt, wir fordern so etwas ein, das wäre etwas, wo man vielleicht mal fraktionsübergreifend eine Initiative angehen könnte. Neue Dinge auszuprobieren, fände ich auch spannend. Oder das, was der Deutsche Bundestag mit dem Thema Bürgerrat macht, ist auch eine Möglichkeit, mal andere Formen von Partizipation zu gesellschaftlich relevanten Themen anzugehen. Es gibt Gestaltungsmöglichkeiten. Solange es nur ein, in Anführungszeichen, Strategiepapier der Bundesregierung ist, stellt die Selbstbindung der Regierung die Verbindlichkeit dar. Die Selbstbindung der Regierung ist sehr hoch, das muss man auch mal positiv betrachten, aber dies stößt auch an Grenzen. Da wäre es tatsächlich gut, wenn das nicht allein ein Regierungsthema ist, sondern etwas, dem sich eventuell auch der Deutsche Bundestag unterstellt. Man kann sich ja auch was wünschen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es ist gut, wenn man Anknüpfungspunkte in die Zukunft hat. So verstehe ich die Wortmeldung von Frau Rudolph. Wenn wir es ganz kurz halten können, würde ich Ihre Wortmeldung zulassen. Dann müssen wir für diesen Tagesordnungspunkt zum Ende kommen. Bitte schön.

Abg. **Tina Rudolph (SPD):** Ein gutes Stichwort sind die Bürgerräte. Die sind auch erwähnt an einer Stelle in Ihrem Aufschlag. Meine Frage wäre, haben wir eine Möglichkeit, das Ergebnis verbindlich in den politischen Prozess zu überführen?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Die Bürgerräte sind eine Initiative des Bundestages. Was das Thema Beteiligung angeht, finde ich, muss man andere Formen ausprobieren. Aber das Entscheidungsgremium, das die höchste demokratische Legitimation in diesem Land hat, ist der Deutsche Bundestag. Wenn da gute

Initiativen von einem Bürgerrat kommen oder einem anderen Beteiligungsformat, dann sind wir doch als Volksvertreterinnen und Volksvertreter, und jetzt bin ich mal nur Abgeordnete, doch quasi verpflichtet zu sagen, wir nehmen das auf und bringen das auch in Prozesse ein. Aber die wesentliche Entscheidungsebene muss der gewählte Deutsche Bundestag sein. Andere Formen der Partizipation und der Beteiligung sind auch wichtig. Wenn wir mal die Frage stellen würden, welche konkreten Handlungsfelder oder Handlungsaufgaben leiten wir denn aus bestimmten Indikatoren und Zielen ab, da wäre so eine Befassung über einen Bürgerrat als Meinungsbild sicherlich nicht komplett verkehrt, aber das muss man sehen. Ich glaube, es gibt gute Ideen, wie man das machen könnte.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich bin sehr gespannt, wohin uns das führt. Es gibt eine Reihe guter Impulse in Bezug auf die heutige Diskussion. Deswegen für heute, sehr geehrte Frau Staatsministerin, ein herzliches Dankeschön. Wir wünschen gute Beratung im Vermittlungsausschuss und eine gute Fahrt, damit auch pünktliches Erscheinen gesichert ist.

Tagesordnungspunkt 2

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)121

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir fahren in unserer Sitzung fort und kommen zum Tagesordnungspunkt 2, der Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung. Es geht dabei um die Beschlussfassung über die Votenliste. Wir haben uns in der Obleuterunde geeinigt und festgestellt, dass es keine Prüfbitten gibt, deswegen machen wir eine Beschlussfassung ohne Aussprache. Ich bitte also um Abstimmung über die Votenliste. Wer stimmt der Votenliste so zu? Diejenigen bitte ich um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen. Damit ist dieser Punkt einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Eine letzte Information von meiner Seite. Der PBnE wird sich



am Bürgerfest am 7. September 2024 mindestens mit einem Bürgergespräch des Vorsitzenden beteiligen. Geprüft wird derzeit noch, ob eine Podiumsdiskussion oder aber alternativ ein Infostand, das nennt sich dann Meet and Greet, stattfinden wird. Darüber werden wir informieren. Die Obleute werden Sie dann informieren und auch abfragen, wer sich zu welchem Zeitpunkt

dort beteiligen kann. Gibt es von Ihrer Seite noch Verschiedenes? Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich für die anregende Diskussion und wünsche noch eine erfolgreiche Woche.

Schluss der Sitzung: 17:49 Uhr

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender



Votenliste

Stand: 11. Juni 2024

lfd. Nr.	Drs.-Nr.	Art	Titel	Berichterstatter	Nachhaltigkeitsbezug	Aussagen zur Nachhaltigkeit	Aussagen plausibel	Votum der BE
1	266/24	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes</u>	Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
2	265/24	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften</u>	Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
3	244/24	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Effizienzmaßnahmen, zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes und zur Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes</u>	Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
4	155/24 20/11561		<u>Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes</u>	Tina Rudolph, MdB Volker Mayer-Lay, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte